

Manifest zu Eigentum und Wirtschaftsdemokratie

1. ANALYSE IN KÜRZE	2
1.1 IN UNSERER WIRTSCHAFT SIND DIE KAPITALANLEGER DIE BESTIMMER.	2
1.2 DIE KAPITALANLEGER SIND INTERESSIERT AN HOHER RENDITE IHRER KAPITALANLAGE.....	2
1.3 UND SIE BRAUCHEN DEN STAAT FÜR DIE SICHERUNG IHRES EIGENTUMS AM KAPITAL.....	2
1.4 ABER AUCH DER STAAT BRAUCHT DIE WIRTSCHAFT	3
1.5 STAAT UND WIRTSCHAFT LEISTEN SICH GEGENSEITIG EINEN GROßEN DIENST: ES IST EINE TYPISCHE SYMBIOSE .	4
2. WIE STEHT DIE BEVÖLKERUNG DAZU? SIE HAT ZWEI MÖGLICHKEITEN: KOOPERATION MIT IHREN HERREN – ODER WIDERSTAND	4
2.1 KOOPERATION, MITMACHEN – AUS RATIONALEN, BERECHNENDEN GRÜNDEN.....	4
2.2 KOOPERATION, MITMACHEN – AUS IRRATIONALEN, PSYCHOLOGISCHEN GRÜNDEN.....	5
2.3 WIDERSTAND LEISTEN – AUS RATIONALEN, GEMEINWOHLORIENTIERTEN GRÜNDEN.....	5
2.4 WIDERSTAND LEISTEN – MIT EINER KONKRETEN VISION, EINEM GUT VERSTÄNDLICHEN ZIEL VOR AUGEN.....	5
3. DAS ZIEL: EINE MARKTWIRTSCHAFT OHNE KAPITALISMUS.....	5
4. KENNZEICHEN EINER SOLCHEN MARKTWIRTSCHAFT OHNE KAPITALISMUS.....	6
4.1 DAS RECHT AUF PRIVATES EIGENTUM AN PRODUKTIONSMITTELN UND KAPITAL WIRD BEGRENZT.....	6
4.1.1 <i>Große Firmen (ab einer Belegschaft von, sagen wir, 100 Mitarbeitern) müssen genossenschaftlich geführt werden:</i>	6
4.1.2 <i>Privatleute, die große Vermögen haben, müssen Vermögensteuer zahlen.....</i>	6
4.1.3 <i>Unternehmen, die reich an Kapital sind, aber nur wenige Jobs schaffen, müssen eine Kapitalsteuer zahlen</i>	6
4.2 GENERELL SOLLEN EINNAHMEN IM WESENTLICHEN NUR NOCH DURCH ARBEITSLEISTUNG ERZIELT WERDEN.	6
4.3 EINNAHMEN AUS EIGENTUM UND KAPITALANLAGE SIND NUR NOCH FÜR FIRMEN – IN VERBINDUNG MIT GEHALTSZAHLUNGEN AN DIE MITARBEITER – ZULÄSSIG.	7
4.4 VERMÖGENDE MÜSSEN EINE VERMÖGENSSTEUER ZAHLEN (ODER SIE MÜSSEN EINNAHMEN AUS VERMÖGENSANLAGE MIT BIS ZU 100% AN DEN STAAT ABLIEFERN). FREIBETRÄGE WERDEN IN VERNÜNFTIGEM RAHMEN GEWÄHRLEISTET.....	7
4.5 BEI FIRMEN WIRD DIE GEZAHLTE LOHNSUMME MIT DEN EINKOMMEN AUS KAPITALVERMÖGEN VERGLICHEN. „REICHE“ FIRMEN MÜSSEN ABGEBEN, „ARME“ FIRMEN KRIEGEN EINEN ZUSCHUSS.	8
4.5.1 <i>Die ideale, „mittlere“ Firma</i>	8
4.5.2 <i>Die „reiche“ Firma.....</i>	8
4.5.3 <i>Die „arme“ Firma.....</i>	8
4.6 DIESE UMVERTEILUNG VON REICH ZU ARM MÄßIGT DEN WETTBEWERB UND ERMÖGLICHT „DÉCROISSANCE“, DAS ENDE DES WACHSTUMSZWANGS	9
4.6.1 <i>Schildern wir ein Beispiel: Apple gegen Nokia</i>	9
4.7 ABER: WIR SOLLTEN DIE KAPITALSCHÖPFUNG NICHT GANZ ABWÜRGEN. DIE UMVERTEILUNG SOLL DAHER JEWEILS MIT VERZÖGERUNG EINSETZEN.....	10
4.7.1 <i>Wieso Kapitalschöpfung? Wieso immer noch Wachstum der Produktivität?.....</i>	10
4.7.2 <i>Verzögerte Umverteilung verhindert das Abwürgen der Kapitalakkumulation.....</i>	11
4.8 SO, DAS WÄR’S. DAS WÄRE DIE MARKTWIRTSCHAFT OHNE KAPITALISMUS „IN A NUTSHELL“.....	11
5. WEITERE FRAGEN:.....	11
5.1 EINE FRAGE IST NATÜRLICH: WIE VERHALTEN WIR UNS GEGENÜBER ANDEREN LÄNDERN, DIE DIESE BEFREIUNG NICHT MITMACHEN? KÖNNEN WIR INMITTEN DER GLOBALISIERUNG ÜBERHAUPT SO EINE BEFREIUNG DURCHFÜHREN? ..	11
6. SCHLUSS: ICH BIN GESPANNT AUF DIE BEITRÄGE ZUM THEMA EIGENTUM AM 10.12.12 UND 12.12.12. EBENSO GERNE HÄTTE ICH RÜCKMELDUNGEN	12

1. Analyse in Kürze

1.1 *In unserer Wirtschaft sind die Kapitalanleger die Bestimmer.*

Die Wirtschaft lebt von zwei Ressourcen: Arbeit und Kapital. Die Firmen müssen sich also um Arbeitskräfte und um Kapitalanleger bemühen. Es ist offensichtlich, dass sie sich bei ihren Bemühungen um Arbeitskräfte nicht übermäßig anstrengen müssen: Arbeitssuchende gibt es wie Sand am Meer. Arbeitskräfte gibt es im Überfluss. Die Firmen können daher fast wie sie wollen die Arbeitslöhne drücken und die Arbeitszeiten verlängern. Die Gewerkschaften versuchen, dagegen zu kämpfen, aber sie haben einen schweren Stand.

Dagegen haben die Kapitalanleger Oberwasser. Sie können jederzeit ihr Kapital aus einer Firma, die nicht genug Rendite bietet, abziehen und es – dank der Globalisierung und des freien Kapitalverkehrs - irgendwo anders in der Welt, wo es höhere Rendite gibt, anlegen. Daher sind die Firmen sehr um die Gunst der werten Kapitalanleger bemüht. Daher werden auch die Aktienkurse mit Akribie beachtet: Wenn der Aktienkurs einer Firma sinkt, was auf Missgunst seitens der Anleger hindeutet, werden sofort alle Heben in Bewegung gesetzt, um die werten Kapitalanleger wieder zu befriedigen und bei Laune zu halten.

Die Firmen bemühen sich also sehr viel mehr um die Gunst der Kapitalanleger als um die Zufriedenheit der Arbeitenden und Angestellten (mit Ausnahme der obersten leitenden Angestellten, Geschäftsführer und Vorstände, die als Stellvertreter der Kapitalseite deren Interessen vertreten). Daher sind de facto die Kapitalanleger die Bestimmer in unserer Wirtschaft: Nach deren Wünschen müssen sich fast alle Firmen richten. Nur wenige Firmen können sich von diesem Diktat der Anleger befreien und einen Pakt mit den Arbeitenden oder den Konsumenten schließen, der ihnen ein wenig Unabhängigkeit von den Ansprüchen der Kapitalanleger ermöglicht. Für die Mehrheit der Firmen gilt: Sie müssen nach der Pfeife der Anleger tanzen.

1.2 *Die Kapitalanleger sind interessiert an hoher Rendite ihrer Kapitalanlage.*

Das muss nicht weiter erläutert werden. Die meisten Kapitalanleger achten bei ihrer Anlage auf nichts anderes als auf eine hohe Rendite. Ob sie diese Rendite in der Textilbranche erwirtschaften oder in der Industrie oder in der Agrarwirtschaft, ob im Inland oder im Ausland, ob mit moralisch korrekten Geschäften oder mit unfairen Methoden oder Kinderarbeit, ist den meisten Anlegern egal. Ob die Rendite also durch die normale, selbstverständliche Ausbeutung der Arbeitskräfte durch die Kapitalseite, oder durch unmäßige Über-Ausbeutung der Menschen, durch Unterschreitung von Sozial- und Umweltstandards, erzielt wurde, ist ihnen in der Mehrzahl egal. Nur wenige Kapitalanleger sind bereit, aus moralischen Gründen auf Rendite zu verzichten und ihr Geld z.B. bei einer ethischen Bank anzulegen, die nur 1% Rendite auf Tagesgeld liefert, statt bei einer Privatbank, die 2 oder 3% liefert ohne Erklärung, mit welchen Mitteln sie das schafft.

Also zusammengefasst: Kapitalanleger wollen Rendite – was sonst?

1.3 *Und sie brauchen den Staat für die Sicherung ihres Eigentums am Kapital.*

Voraussetzung für eine Rendite auf Kapitalanlage ist, dass das Eigentum an Kapital respektiert wird, auch von denen, die kein Kapital haben. Dieser Respekt des Eigentums wird vom Staat mit Staatsgewalt erzwungen. Daher sind die Kapitalanleger darauf angewiesen, dass der Staat mit seinem Gewaltapparat alle Menschen, die auf die Idee kommen, das Eigentumsrecht der Kapitalanleger in Frage zu stellen, in die Schranken weist:

- im Inland: Arbeitnehmer dürfen nur so lange in die Fabrik und die dortigen Maschinen nutzen, wie es dem Fabrikherren, der auf seine Rendite achtet, recht ist.
- Grund und Boden darf nur benutzt werden, wenn der Eigentümer es genehmigt – egal ob der Eigentümer hundert, tausend oder eine Million Quadratmeter (das ist ein Quadratkilometer) Land sein eigen nennt.
- im Ausland: bei einer Kapitalanlage im Ausland sind die Anleger auch dort an der Respektierung des Eigentumsrechts interessiert. Wenn die Firma H&M in Bangladesch T-Shirts von lokalen Näherinnen für 2 € am Tag herstellen lässt, ist sie daran interessiert, dass die Näherinnen die Rechte des Fabrikherren respektieren und dass auch nicht der Staat auf die Idee kommt, die Fabrik zu enteignen und z.B. in eine Genossenschaft umzuwandeln, die den Näherinnen selber gehört.

Daher sind die Kapitalanleger, wenn sie eine maximale Rendite erzielen wollen, darauf angewiesen, dass der Staat das Eigentumsrecht im Inland wie im Ausland sichert:

- im Inland durch die Polizei (und private Dienste wie den Werkschutz etc.)
- im Ausland durch Verträge mit den ausländischen Staaten – wo die Zugriffsrechte des deutschen Kapitals auf ausländische Arbeitskräfte, Rohstoffe, Land etc. festgeschrieben werden – und durch Einsatz des Militärs, das notfalls die lebenswichtigen Renditebedürfnisse der deutschen Wirtschaft auch am Hindukusch oder in Afrika verteidigt.

Die Wirtschaft ist also auf die Staatsgewalt angewiesen.

Umso seltsamer sind die Aussagen der Wirtschaftsliberalen, Neoliberalen und Libertären, die gerne behaupten, der Staat solle sich aus der Wirtschaft heraushalten. Diese Haltung offenbart Undankbarkeit. Denn diese neoliberalen Kapitalfreunde ignorieren glatt, dass ihre ganzen Kapitaleinnahmen nur möglich sind wegen der allgemeinen Respektierung des Eigentums, inklusive des Eigentums an Produktionsmitteln, und inklusive des Eigentums von Millionären und Milliardären. Statt dem Staat für diesen weitgehend kostenlos angebotenen Eigentumssicherungsdienst unendlich dankbar zu sein, beschimpfen sie den Staat auch noch, dass er sich gefälligst aus der Wirtschaft heraushalten sollte.

Das wäre ein interessantes Experiment, wenn der Staat sich aus der Wirtschaft heraushält und die Eigentumssicherung einstellt, und den Unternehmen mitteilt: Wenn ihr in Zukunft immer noch Euer Eigentum gegen die Masse der Habenichtse und Arbeitnehmer verteidigen wollt, müsst ihr das selber machen. Stellt doch private Sicherheitsdienste auf! Allerdings dürfen diese keine Waffen tragen, denn Waffenbesitz bleibt dem Staat vorbehalten: Ich als Staat behalte das Gewaltmonopol. Gleichzeitig halte ich mich aus der Wirtschaft heraus, Ihr wolltet es ja so. Einverstanden? – Da würden die Unternehmer und Kapitalanleger sofort auf die Knie fallen und den Staat bitten, sich mit seiner Eigentumssicherung NICHT aus der Wirtschaft zurückzuziehen.

Nun gut, könnte der Staat antworten: Ich ziehe mich nicht zurück – aber in Zukunft gibt es meine Eigentumssicherung, die für Euch einen Dienst mit geldwertem Vorteil darstellt, nicht mehr umsonst. Ab heute verlange ich von jedem, dessen Eigentum ich vor Zugriff der armen Leute schütze, eine Gebühr von, sagen wir, 3% des Werts des Eigentums. Wer also eine Million € Eigentum hat (Sachwerte, Immobilien, Geldvermögen usw. zusammengenommen), und wer sicher sein will, dass er das Bestimmungsrecht über dieses Eigentum behält, muss jährlich eine Eigentums-Schutzgebühr in Höhe 30000 € an mich, den Staat zahlen. Wer 10 Mio. € hat, muss jährlich 0,3 Mio. € Schutzgebühr zahlen. Wer 100 Mio. € hat, zahlt 3 Millionen € jährlich gradaus. Und wer Milliardär ist und 1 Milliarde € Eigentum hat, zahlt jährlich Eigentums-Schutzgeld von 30 Millionen € an den Staat. Wer das nicht zahlt, dessen Eigentum schützen wir nicht mehr vor Übergriffen, Diebstahl, Landbesetzern, Hausbesetzern, Enteignung, Vandalismus und all dem. – Merkt Euch: Was nichts kostet, ist auch nichts. Eine Eigentumssicherung, die wie bisher vom Staat gratis geleistet wird, ist Unsinn. Die Eigentumssicherung ist die Grundlage für Eure Kapitaleinnahmen – also muss sie, nach aller Marktlogik, auch was kosten. Nichts ist umsonst, außer der Tod – und der kostet das Leben!

1.4 Aber auch der Staat braucht die Wirtschaft

Denn was wäre ein Staat ohne florierende Wirtschaft?

- Er könnte praktisch keine Steuereinnahmen erheben. Wenn niemand was verdient, kann auch niemand Steuern zahlen.
- Also hat der Staat keine Einnahmen zur Deckung seiner Unkosten: Polizei, Militär, Gerichtsbarkeit – und zur Finanzierung von Schulen, Straßenbau, öffentlicher Forschung und womit sonst sich der Staat für Wirtschaft und Gesellschaft nützlich machen will.
- Und: Erst durch eine wettbewerbsfähige, aggressiv auf dem Weltmarkt auftretende Wirtschaft gewinnt der Staat im Wettbewerb mit anderen Staaten Gewicht und Ansehen:
 - Er kann z.B. durch Abschluss von Handelsabkommen mit anderen Staaten, oder mit der Drohung, solche Abkommen zu verweigern, andere Staaten unter Druck setzen.
 - Er kann – wie z.B. China gegenüber den USA, oder die Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern – anderen Staaten Kredit geben und damit diese anderen Staaten in existenzielle Abhängigkeit bringen, so dass die kreditnehmenden Staaten am Ende ihre ganze Volkswirtschaft auf den Schuldendienst für die Gläubigerstaaten ausrichten müssen. (Im Fall der USA ist das nicht so, weil die USA sich durch überragende militärische Schlagkraft nach wie vor ihre Weltmachtstellung behaupten, sogar gegenüber den Gläubigerstaaten, denen sie Billionen schulden.)

Es ist also klar, dass der Staat, wenn er stark und mächtig sein will, eine profitable Wirtschaft braucht, die die Ausbeutung der Arbeitenden und der Natur effizient durchführt und Reichtum produziert, von dem auch der Staat profitiert. – Daher ist der Staat gerne bereit, sein Gewaltmonopol zugunsten der Wirtschaft einzusetzen. Das erklärt auch, warum der Staat diese Eigentumssicherung bisher in so selbstloser Weise gratis, ohne Gegenleistung leistet. Der Staat verlangt zwar zur Finanzierung seiner Dienste Steuern; aber Steuern werden auf alles mögliche erhoben – nur nicht auf die Menge Eigentum, die zu schützen ist – denn in Deutschland, wie auch in vielen anderen Staaten, spielt die Vermögenssteuer oder Kapitalsteuer, die sich an der Menge Eigentum des Steuerzahlers ausrichtet, praktisch keine Rolle.

1.5 Staat und Wirtschaft leisten sich gegenseitig einen großen Dienst: Es ist eine typische Symbiose

Wie oben gezeigt:

- Der Staat dient den Wirtschaftsmächtigen und Kapitaleigentümern in vielfältiger Weise: Vor allem durch seine unentgeltliche Eigentumssicherung mit Polizei und Militär, wofür er nicht einmal Schutzgeld von den Eigentümern verlangt, und durch weitere Dienste: Kostenlose Grundausbildung der jungen Menschen; staatsfinanzierte Forschung; Infrastruktur und Straßenbau; Subventionen aller Art
- Die Wirtschaft dient umgekehrt dem Staat: Durch die Steuern, die dem Staat Einnahmen bescheren; durch die Erfolge in der Außenhandelsbilanz: Dadurch kann der Staat (die Regierung) bei Verhandlungen mit anderen Staaten als potenter Platzhirsch auftreten, der den Verliererstaaten, Schuldnerstaaten und Entwicklungsländern die Handelsbedingungen auf dem Weltmarkt diktieren kann.

Da sich die beiden, Staat und Wirtschaft, also gegenseitig so nützliche Dienste erweisen, sind sie schon lange eine glückvolle Symbiose eingegangen.

Allerdings läuft diese Symbiose nicht ohne Opfer ab: Sie findet auf dem Rücken der Menschen statt: Vor allem auf dem Rücken der arbeitenden und arbeitssuchenden Menschen im Inland und im Ausland, die nicht über ausreichend viel Kapital verfügen.

2. Wie steht die Bevölkerung dazu? Sie hat zwei Möglichkeiten: Kooperation mit ihren Herren – oder Widerstand

2.1 Kooperation, Mitmachen – aus rationalen, berechnenden Gründen

Diese ganze Kumpanei zwischen Staat und Wirtschaft kann nur funktionieren, solange die Menschen mitmachen: Die Arbeitenden müssen täglich an ihre Arbeitsplätze gehen und Arbeit leisten für den vereinbarten Lohn. Die Arbeitssuchenden, die nicht in die Firmen hineingelassen werden, müssen Bewerbungen schreiben und sich als nützliche, ausbeutbare Menschen darstellen, deren Anstellung den Eigentümern zusätzliche Rendite ermöglichen würde; und sie dürfen nicht auf die Idee kommen, einfach ohne Einwilligung der Fabrikherren in die Fabrik zu gehen und dort die Maschinen zu verwenden und mitzuarbeiten unter Bedingungen, die sich die Belegschaft selber ausdenkt.

Die Mitarbeiter aller Firmen müssen das Eigentumsrecht der Aktionäre und Eigentümer respektieren und dürfen nicht einfach die Firma in eine Genossenschaft umwandeln, wo die Mitarbeiter demokratisch über das Produktportfolio und über die Aufteilung der Einnahmen auf Investitionen und Gewinnausschüttungen, und über die Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen bestimmen.

All dies müssen die Menschen respektieren, damit die Kumpanei zwischen Staat und Wirtschaft, zum Zweck der Profiterzielung für die Anleger, und der Machtvergrößerung des Staates, funktioniert.

Und tatsächlich: Die meisten Menschen in den Industriestaaten machen mit. Warum?

Sie sagen sich: Ich bin mit meinem Arbeitsplatz abhängig davon, dass meine Firma, mein Arbeitgeber, auf dem Weltmarkt gut dasteht und Profite macht. Wenn mein Arbeitgeber keinen Gewinn mehr macht, wird er mir kündigen. Also bin ich für Profite, die mein Arbeitgeber erzielt, und ich will auch alles dafür tun, dass die Kapitalseite in meiner Firma gut dasteht, denn meine Firma ist ja von der guten Laune der Kapitalanleger und dem Wohlwollen der „Märkte“ abhängig.

Ich bin auch davon abhängig, dass mein Staat in der Welt gut dasteht: Wie z.B. jetzt in der Eurokrise: Den meisten Staaten in Europa geht's schlecht – außer: Deutschland. Und warum? Weil Deutschland so klug war und rechtzeitig die Agenda 2010 eingeführt hat: Niedriglohnsektor, Aufhebung des Kündigungsschutzes, Ausdehnung der Leiharbeit, Lohnsenkung und all das. Lauter Schweinereien gegenüber den von Arbeit Abhängigen. Daher geht's der deutschen Wirtschaft jetzt so gut – und daher ist die Arbeitslosigkeit hier niedriger als in den meisten anderen EU-Ländern. Daher brauche ich nun nicht so um meinen Arbeitsplatz zu zittern wie z.B. die Spanier. Gut gemacht!

Da ich nicht nur von meinem Arbeitgeber, sondern allgemein vom Florieren der Wirtschaft, vom Angebot an Arbeitsplätzen und von den staatlichen Sozialmaßnahmen abhängig bin, bin ich bereit, ein braver Untertan von Wirtschaft und Staat zu sein. Ich will weder der Wirtschaft noch dem Staat irgendwelche Schwierigkeiten machen. Eher wende ich mich gegen die frechen Ausländer und gegen die Billiglohn-Jobber aus Osteuropa, die uns die Arbeitsplätze wegnehmen, als dass ich mich gegen Staat und Wirtschaft und deren hohe Anforderungen an den Ausbeutungsgrad der Arbeit zur Wehr setze.

So denken die meisten Menschen in unserer wunderbaren Demokratie. Sie unterstützen Wirtschaft und Staat und deren rücksichtslose Forderungen – weil sie von Wirtschaft und Staat abhängig sind!

2.2 Kooperation, Mitmachen – aus irrationalen, psychologischen Gründen

Neben diesen halbwegs rationalen, auf das eigene Wohlergehen abzielenden Gründen, warum ein deutscher Bürger sich zur Unterstützung von Staat und Wirtschaft und deren frechen Forderungen entschließt, gibt es auch noch irrationale Gründe: Z.B. hörte ich von Obdachlosen in den USA, die dennoch munter die US-Fahne schwenken und ihren Patriotismus herabhängen lassen, und die Republikaner wählen (falls sie als Obdachlose überhaupt wählen dürfen) – offenbar aus folgender Überlegung:

Wenn ich schon ein Verlierer bin, dann möchte ich wenigstens Mitglied einer Gewinnernation sein. Wenn ich schon Opfer dieser Wirtschaft bin, dann soll sich mein Opfer wenigstens gelohnt haben: Vielleicht ist mein Opfer notwendig für die Stärke der amerikanischen Nation. Ich sehe daher ein, dass ich ein Opfer bringen muss für diese starke Nation, von der ich immerhin – mit Überzeugung - ein Teil bin. Und außerdem kann ich mich, als Patriot, als Mitglied der Millionen Patrioten fühlen, die dieser Nation Kraft und Stärke geben. Oh wie ist das schön. - So denkt vielleicht ein Untertan, der eigentlich nichts mehr zu verlieren hat als seine Ketten und daher logischerweise an Befreiung aus seiner Lage interessiert sein müsste.

2.3 Widerstand leisten – aus rationalen, gemeinwohlorientierten Gründen

Dabei ist doch die logischste Haltung eines Untertanen, der von Staat und Wirtschaft ausgenutzt wird: Ich sollte mich aus dieser Abhängigkeit befreien. Können wir nicht eine Gesellschaft erschaffen, in welcher die breite Bevölkerung zum Bestimmer über ihre Wirtschaft wird, wo eine echte Demokratie herrscht, nicht nur auf dem Felde der Politik sondern auch auf dem Feld der Wirtschaft, die ja den größten Teil unseres Lebens bestimmt? Was ist das denn eigentlich für eine Demokratie, in der die Menschen und die Politiker immer nur eine Sorge haben: Was werden die Herren und Damen Kapitalanleger zu unseren Entscheidungen sagen? Was sagen die Märkte zu unserer Politik? Wie können wir „die Märkte“ bei Laune halten? Der DAX hat sich „seitwärts bewegt“ – oh Gott, werden wir vielleicht eine Stockung des Kapitalwachstums erleben? Der DAX ist heute „im Minus“, weil er zwar höher als vorgestern ist, aber niedriger als gestern? Haben wir etwas falsch gemacht in der Wirtschaftspolitik, weil die Aktienkurse von gestern auf heute nicht gewachsen sind?

Ist das eine Demokratie, wo wir alle ständig von der guten Laune der Anleger abhängen und fürchten müssen, dass die Anleger ihr Kapital abziehen, sobald bei uns die Umlaufrendite von 5% auf 4% p.a. fällt?

Wir sollten uns endlich von dieser Diktatur der „Märkte“, also der Kapitalanleger, befreien. Aber wie? Fangen wir an, Widerstand zu leisten.

2.4 Widerstand leisten – mit einer konkreten Vision, einem gut verständlichen Ziel vor Augen

Es wäre aber gut, eine Vision zu haben, in welcher Art wir die Wirtschaft verändern wollen. Ohne eine solche Zielvorstellung wird unser Widerstand ziel- und zahnlos bleiben, weil wir in alle möglichen Richtungen streben werden (weg vom heutigen System), wobei es viele divergente Richtungen sein werden, mit dem Resultat einer großen Konfusion, die zu grässlichem Scheitern führen kann.

Wir sollten uns z.B. klar werden: Wie halten wir es mit dem Markt? Soll es noch unabhängige Firmen geben, die am Markt teilnehmen mit dem Ziel, finanzielle Überschüsse zu erzielen? Soll es noch Konkurrenz zwischen Firmen geben? Soll es noch einen Arbeitsmarkt geben, wo Menschen sich um einen Arbeitsplatz bemühen und Arbeitgeber sich um Arbeitskräfte bemühen, wobei es auch zu Konkurrenz zwischen Arbeitssuchenden kommen kann?

Oder glauben wir, dass der Markt grundsätzlich kein geeignetes Mittel sein kann, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen und eine gute Versorgung der Menschen mit einfachen und komplexeren Konsumgütern, bei nachhaltiger Naturnutzung und humaner Arbeit, zu erreichen?

3. Das Ziel: Eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Meine Überzeugung ist, dass wir auf den Markt, als Mittel zur Bedarfsermittlung und zur Ausrichtung der Produktion auf die Bedürfnisse der Menschen, nicht verzichten können.

Gleichzeitig bin ich überzeugt, dass das Markt an sich, also die Existenz von Waren, von Geld, von freien Unternehmen, noch kein Sündenfall sind. Die schlimmen Phänomene, die die heutige Wirtschaft hervorbringt (Armut, Ausbeutung, Naturzerstörung etc.) sind keine Folge dessen, dass wir eine Marktwirtschaft haben – sondern sie sind Kennzeichen des Kapitalismus.

Kapitalismus ist eine Marktwirtschaft, die durch einige Besonderheiten gekennzeichnet ist:

- Der größte Teil der Produktionsmittel, also der realen Kapitals, ist in Händen einer Minderheit der Bevölkerung – genannt die Kapitalistenklasse.
- Der größte Teil der Bevölkerung gehört nicht zu dieser Klasse, sondern zur großen Gruppe derer, die praktisch keine eigenen Produktionsmittel haben, sondern nur von Arbeit leben können, die sie an Arbeitsplätzen leisten, die von der Kapitalistenklasse finanziert werden.

- Die ganze Gesellschaft hängt vom Wohlwollen der Kapitalanleger ab. Arbeitsplätze werden nur geschaffen unter der Bedingung, dass sie ausreichend Rendite für die Kapitalanleger abwerfen. Arbeitsplätze im Sozialbereich oder woanders, wo keine hohen Renditen zu erwarten sind, werden daher total schlecht bezahlt, oder der Staat muss sie (bei schlechter Bezahlung) aus Steuergeldern finanzieren, oder sie entfallen ganz.

Die große Aufgabe besteht daher meines Erachtens darin, eine Marktwirtschaft zu entwerfen, die nach wie vor die Vorteile einer Marktwirtschaft bietet (freie, nicht zentral gesteuerte, auf eigene Faust wirtschaftende Unternehmen, Wahlfreiheit der Konsumenten, freie Berufswahl usw.) und dabei die Nachteile des Kapitalismus (Ausbeutung der Arbeit durch die Kapitaleseite, Tendenz zur Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung, Arbeitslosigkeit, Spaltung zwischen Arm und Reich, rücksichtsloser Umgang mit der Natur, Vernachlässigung der Nachhaltigkeit; unfairer Handel etc.) überwindet.

Wie das gehen könnte, soll im Folgenden skizziert werden.

4. Kennzeichen einer solchen Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

4.1 *Das Recht auf privates Eigentum an Produktionsmitteln und Kapital wird begrenzt*

4.1.1 **Große Firmen (ab einer Belegschaft von, sagen wir, 100 Mitarbeitern) müssen genossenschaftlich geführt werden:**

Die Mitarbeiter bestimmen demokratisch über die Firmenziele und sie bestimmen auch über die Verwendung der Einnahmen und besonders über die **Verwendung der Gewinne**, d.h. der Überschüsse der Verkaufserlöse über die Ausgaben – wobei zu den Ausgaben nur noch die Materialkosten und Instandhaltungskosten zählen, aber nicht mehr die Personalkosten:

- Wie viel davon muss in die Instandhaltung und die Bildung von Rücklagen für Abschreibung und Ersatzinvestitionen gehen?
- Welche neuen Investitionen wollen wir tätigen? Wie viel soll in Forschung und Entwicklung (F&E) gehen, wie viel in neue Fabrikanlagen oder auch in Kredite an andere Firmen?
- Und wie viel von den Überschüssen wollen wir uns selber, als Lohn und Gehalt, ausschütten? Und wie wollen wir diese Ausschüttung auf uns, die Mitarbeiter, verteilen? Wer kriegt mehr, wer weniger?

4.1.2 **Privatleute, die große Vermögen haben, müssen Vermögensteuer zahlen**

Details siehe unten.

4.1.3 **Unternehmen, die reich an Kapital sind, aber nur wenige Jobs schaffen, müssen eine Kapitalsteuer zahlen**

Umgekehrt werden Firmen, die mit wenig eigenem Kapital viele Arbeitsplätze schaffen, finanziell gefördert.

Details siehe unten.

4.2 *Generell sollen Einnahmen im Wesentlichen nur noch durch Arbeitsleistung erzielt werden.*

Heutzutage können Einnahmen erzielt werden durch

- a) Arbeit – sei es nichtselbständige Arbeit bei einem Arbeitgeber, oder selbständige Arbeit als Unternehmer etc.
- b) Kapitalanlage: Z.B. Besitz von Wertpapieren, die jährlich eine Rente abwerfen, oder Eigentum an Ländereien, Immobilien, Mietautos etc., die ich verpachte oder vermiete; oder auch Eigentum an Produktionsmitteln, Firmenanteilen, Aktien, so dass ich andere Menschen als „Lohnarbeiter“ an den Arbeitsplätzen, die ich (bzw. der von mir finanzierte Unternehmer oder Geschäftsführer) erschaffe, für mich arbeiten lassen kann.
- c) Bedürftigkeit: Wenn man von der Gemeinschaft als bedürftiger Mensch anerkannt ist, bekommt man eine Grundsicherung oder andere sogenannte „Transferleistungen“ – wobei heutzutage, nach der Agenda 2010, diese Grundsicherung mit einer ständigen Überprüfung verbunden ist, ob man nicht womöglich noch irgendwo Vermögen hat, oder ob man nicht von Angehörigen ausgehalten werden kann, und ob man auch alle Anstrengungen unternimmt, um wieder selber Geld zu verdienen.

Man könnte in diese Liste noch die durch Rentenversicherungsbeiträge finanzierten Altersrenten aufnehmen als eine weitere Einkommensquelle. Aber meines Erachtens sind dies nur verzögert

ausgezählte Einnahmen aus Arbeitsleistung, denn der Arbeitende hat ja die Beiträge aus seinem Arbeitseinkommen finanziert. Bei den Rentenzahlungen – wie auch beim Arbeitslosengeld I, das sich nach dem früheren Arbeitslohn richtet - handelt es sich also nicht um „Transferleistungen“, die die Gesellschaft einem Bedürftigen gewährt, sondern um Versicherungsleistungen, auf die der/die Begünstigte durch langjährige Beitragszahlungen einen Anspruch erworben hat.

4.3 Einnahmen aus Eigentum und Kapitalanlage sind nur noch für Firmen – in Verbindung mit Gehaltszahlungen an die Mitarbeiter – zulässig.

Generell sollen Einnahmen im Wesentlichen nur noch durch Arbeitsleistung erzielt werden.

Andererseits kann man Kapitaleinnahmen nicht einfach abschaffen. Kapital ist ein wertvolles Gut. Eine Firma kann aus der Nutzung von Kapital große Vorteile ziehen:

- Kapital in Form von Grund und Boden ist Voraussetzung, um überhaupt einen Betrieb zu betreiben.
- Realkapital in Form von Maschinen, Transportmitteln, aber auch Know How, Patente etc. ist ein wesentlicher Produktionsfaktor, der zur Erzielung eines Umsatzes unumgänglich ist.
- Geliehenes Geldkapital, Darlehen, aufgenommene Kredite, sind ebenfalls für die meisten Firmen lebenswichtig.

Gleichzeitig ist Kapital normalerweise nur begrenzt vorhanden:

- Grund und Boden, vor allem in bestimmten günstigen Lagen oder mit guter Fruchtbarkeit, ist ein knappes Gut.
- Realkapital (Maschinen, Gebäude etc.) kann zwar durch Menschenhand vermehrt werden, aber dies erfordert Aufwand, und dazu kommen die Instandhaltungskosten, die umso größer sind, je mehr Realkapital im Einsatz ist. Daher kann man Realkapital nicht in unbegrenzter Höhe erschaffen und vorrätig halten.
- Auch Geldkapital kann nicht beliebig vermehrt werden. Das Anwerfen einer Geld-Druckerpresse würde zur allgemeinen Geldentwertung führen. Auch die Buchgeldschöpfung der Geschäftsbanken ist keine unbegrenzte Kreditquelle.

DAHER gibt es eine Konkurrenz der Firmen um das knappe Gut „Kapital“: Die Firmen sind bereit, für Kredite und geliehenes Kapital eine Nutzungsgebühr zu zahlen: Den Zins oder andere Formen des Kapitalprofits.

Firmen zahlen generell für die Nutzung der sogenannten „Faktorleistungen“:

- Für die Faktorleistung „Arbeit“ zahlen sie die Arbeitskosten, auch Personalkosten genannt, was Lohn und Gehalt einschließt.
- Für die Faktorleistung „Kapital“ zahlen sie die Kapitalkosten: Zinsen für geliehenes Fremdkapital, oder Dividende an Eigenkapitalgeber, z.B. Aktionäre, oder Gewinnausschüttungen an Eigentümer; und auch die – auf Wunsch der Eigentümer – sofort wieder reinvestierten Gewinne, die nicht ausgeschüttet werden, sondern als „Geschäftswertbeitrag“ (GWB) in der Firma verbleiben und den Firmenwert steigern, sind als Kosten zu werten, die an die Kapitalseite abgedrückt werden müssen.

Die Zahlung von Kapitalkosten an Kapitalgeber scheint also unvermeidlich. Gleichzeitig fordern wir, dass Einkommen aus Kapitalanlage kaum noch möglich sein sollen.

Wie kann dieses Rätsel gelöst werden?

4.4 Vermögende müssen eine Vermögensteuer zahlen (oder sie müssen Einnahmen aus Vermögensanlage mit bis zu 100% an den Staat abliefern). Freibeträge werden in vernünftigem Rahmen gewährleistet.

Dies dient direkt dem Durchsetzen des Grundsatzes, dass praktisch niemand mehr – vor allem kein einzelner Privatmensch – Einnahmen nur dadurch erzielen soll, dass er/sie ein Kapital irgendwo renditeträgend einsetzt. – Die Einnahmen aus dieser Vermögensteuer oder Vermögensertragssteuer werden zusammen mit den Einnahmen aus der Kapitalsteuer, die „reiche“ Firmen zahlen müssen (siehe unten), für eine Umverteilung von Reich zu Arm eingesetzt, siehe unten.

4.5 Bei Firmen wird die gezahlte Lohnsumme mit den Einkommen aus Kapitalvermögen verglichen. „Reiche“ Firmen müssen abgeben, „arme“ Firmen kriegen einen Zuschuss.

4.5.1 Die ideale, „mittlere“ Firma

In der Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, die mir vorschwebt, gibt es das Konzept einer Firma mit durchschnittlichem Reichtum. Das ist eine Firma, die nicht arm, aber auch nicht extrem reich ist. Sie hat Mitarbeiter und zahlt diesen Gehälter als Arbeitslohn aus. Sie ist gleichzeitig Eigentümer einer Kapitalsumme, die zur Erzielung der Firmeneinnahmen beiträgt: Entweder, indem dieses Kapital als Realkapital in der Firma selber zum Einsatz kommt, weil die ideale Mischung aus Arbeit und Kapital, die die Firma benötigt, eben diese Menge Realkapital erfordert. Oder die Firma kann – falls sie nicht so viel Realkapital in ihrer eigenen Produktion benötigt – ihr Kapitaleigentum auch anderweitig rentabel einsetzen, z.B. indem sie das Geld an andere Firmen verleiht oder auf der Bank anlegt. In jedem Fall wird die Firma ihre Einnahmen nicht nur aus der fleißigen Arbeit ihrer Mitarbeiter erzielen, sondern auch aus ihrem Kapitaleigentum – egal, ob das Kapital in der Firma selber angelegt ist oder irgendwo sonst am Kapitalmarkt. Die Firma hat also Einnahmen – entweder nur durch Verkauf ihrer eigenen Produkte, die unter Einsatz von Arbeit und Kapital hergestellt wurden, oder durch Verkauf ihrer Produkte und zusätzlich durch Einnahmen aus Kapitalanlagen.

Diese Einnahmen, die letztlich sowohl aus Arbeitseinsatz als auch aus Kapitaleinsatz kommen, kann sie nun beliebig verwenden. Wenn es eine genossenschaftlich geführte, demokratische Firma ist, entscheiden die Mitarbeiter, was mit den Einnahmen geschieht: Abgesehen von den nötigen Ersatzinvestitionen können die Mitarbeiter frei entscheiden, wie viel in Neu-Investitionen geht, also in das Wachstum des Werts der Firma, und wie viel in Form von Gewinnbeteiligung an die Mitarbeiter ausgeschüttet wird.

Entscheidend ist, dass die Firma also keine Kapitalkosten an irgendwelche externen Aktionäre, Eigentümer, Anleger oder sonstige Kreditgeber zahlen muss. Alle Einnahmen stehen voll den Mitarbeitern zur Verfügung.

Dies ist also die ideale, mittlere Firma in der Marktwirtschaft, die mir vorschwebt.

4.5.2 Die „reiche“ Firma

Eine „reiche“ Firma ist eine, die – im Vergleich zur Lohnsumme, die sie auszahlt, oder auch im Vergleich zur Anzahl Arbeitsplätze, die sie schafft – sehr viel Kapital ihr eigen nennt. Ein Beispiel wäre vielleicht eine Versicherung oder eine Bank, die mit riesigen Kapitalmengen hantiert und auch viel eigenes Eigentum an Kapital hat, und dies mit einer recht kleinen Belegschaft macht. Diese Firma erzielt hohe Kapitaleinnahmen. Wenn sie diese an die Belegschaft ausschütten würde, würde die Belegschaft höhere Löhne erzielen als bei der oben geschilderten „mittel-reichen“ Firma, die ihre Ergebnisse mehr mit Arbeitseinsatz als mit Kapitalanlage erzielt.

So eine „reiche“ Firma muss daher – im Sinne eines gerechten Ausgleichs zwischen Reich und Arm – einen Teil ihrer Kapitaleinnahmen abführen – entweder in Form einer Kapitalsteuer ans Finanzamt, oder auch direkt, indem sie einen weitgehend zinslosen Kredit an eine „arme“ Firma vergibt, damit auch die „arme“ Firma ihre Mitarbeiter gut bezahlen kann. Wenn die Firma direkt auf Kapitaleinnahmen verzichtet, indem sie mit einer „armen“ Firma kooperiert und ihr günstige Kredite oder einen Zinszuschuss gewährt, dann kann sie dies gegenüber dem Finanzamt steuermindernd geltend machen und braucht dann weniger Kapitalsteuer zu zahlen. Der Kapitaltransfer, die Umverteilung von Reich zu Arm findet in jedem Fall statt, entweder auf direktem Wege oder auf dem Umweg über das Finanzamt.

4.5.3 Die „arme“ Firma

Eine „arme“ Firma ist eine, die – im Vergleich zur Lohnsumme, die sie auszahlt, oder auch im Vergleich zur Anzahl Arbeitsplätze, die sie schafft – nur wenig Kapital ihr eigen nennt. Ein Beispiel wäre vielleicht eine Fahrradkurier-Genossenschaft: Sie hat eine große Anzahl Mitarbeiter, die als Kurierfahrer Arbeit leisten – aber das eigene Realkapital umfasst nur die Fahrräder, was relativ wenig Kapital ist im Vergleich z.B. zu einem Taxiunternehmen oder einer Chemiefabrik etc. – Falls diese Kurierfirma kein weiteres Kapital hat, z.B. Geldvermögen, dann wird es sich um eine „arme“ Firma handeln. Diese „arme“ Firma erzielt ihre Einnahmen praktisch nur aus der Arbeitsleistung ihrer Mitarbeiter und nicht durch Kapitaleinsatz. Sie hat also wenige Kapitaleinnahmen, die sie an ihre Mitarbeiter verteilen könnte. Die Angestellten dieser Firma wären also schlechter bezahlt als die Mitarbeiter einer „mittel-reichen“ oder gar einer „reichen“ Firma.

Damit auch eine solche Firma überleben und gerechte Löhne zahlen kann, soll sie einen Zinszuschuss bekommen: Sie soll von der Gemeinschaft einen Zuschuss bekommen, der praktische die Kapitaleinnahmen ersetzt, die sie ja aus eigener Kraft nicht erzielt.

Und wer zahlt diesen Zinszuschuss? Der kommt natürlich von den „reichen“ Firmen, die oben definiert wurden (sowie von vermögensteuerpflichtigen Privatpersonen) – entweder auf direktem Wege, indem

eine „reiche“ Firma der „armen“ Firma einen günstigen (zinslosen) Kredit gibt oder ihr direkt einen kapitaleinkommen-ersetzenden Zuschuss zahlt, oder der Reichtumstransfer geht indirekt, indem die „reiche“ Firma Kapitalsteuer ans Finanzamt zahlt, dieses gibt die Einnahmen weiter an eine „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ oder eine „Demokratische Bank“ oder sonst eine Bank, die den Auftrag hat, günstige Kredite oder Zinszuschüsse an „arme“ Firmen auszuzahlen.

4.6 Diese Umverteilung von Reich zu Arm mäßigt den Wettbewerb und ermöglicht „Décroissance“, das Ende des Wachstumszwangs

Wir wollen den Sachzwang zu Innovation und Wachstum, wie er für den Kapitalismus typisch ist, überwinden und die Frage „Wachstum oder nicht und wenn ja, wieviel“ demokratisieren: Die Menschen müssen durch ihren Mehrheitswillen bestimmen können, ob die Wirtschaft wachsen oder eher auf dem heutigen Niveau der Produktivität und der Gütermenge, die produziert wird, verharren soll. Es kann nicht angehen, dass – wie es heute der Fall ist – jede Firma zu maximaler Innovationskraft, zu Expansion, Kostensenkungen und Rationalisierung gezwungen ist, bloß um am Markt in der Konkurrenz mit anderen Firmen zu überleben.

Ich denke, durch die oben geschilderte Umverteilung von den „reichen“ Firmen zu den „armen“ Firmen kann tatsächlich dieser Innovationsdruck, dieser Zwang zu Kapitalakkumulation und Wertsteigerung in den Firmen, entscheidend gemäßigt werden. Denn diese Umverteilung der Kapitaleinnahmen von den „reichen“ zu den „armen“ Firmen bewirkt praktisch, dass eine Firma, die durch Glück oder Erfindungen oder überdurchschnittliche Anstrengung ihrer Mitarbeiter einen Wettbewerbsvorsprung erzielt hat und daher überdurchschnittliche Gewinne einfährt, dazu gebracht wird, dass sie ihre Konkurrenten „mitzieht“: Sie muss einen Teil ihrer Sondergewinne abgeben an andere Firmen, die vielleicht weniger innovativ waren und nun veraltete Produktionsmittel und Produktlinien haben, mit denen sie nicht mehr konkurrieren können.

4.6.1 Schildern wir ein Beispiel: Apple gegen Nokia

Nehmen wir an, wir hätten eine Anzahl von Firmen auf dem Gebiet der Handy-Herstellung – wie z.B. Apple, Samsung, Nokia, Sony, HTC etc. Und es hätte sich herausgestellt, dass in den Industrieländern (oder in dem hier zu betrachtenden Wirtschaftsraum) die „mittel-reichen“, durchschnittlich reichen Firmen eine Kapitalmenge haben, die sich zur Lohnsumme wie folgt verhält: Die Kapitalmenge entspricht dem Zehnfachen der jährlich gezahlten Lohnsumme. Eine mittlere Firma mit, sagen wir, 100 Mitarbeitern, die je 50000 € pro Jahr verdienen (das ist in einer vom Kapitalismus befreiten Marktwirtschaft nicht ungewöhnlich), und die daher eine Lohnsumme von 5 Mio. € hat, sollte also „eigenes Kapital“ in der zehnfachen Höhe der Lohnsumme haben, also hier 50 Mio. € eigenes Kapital. – Mit „Eigenes Kapital“ ist hier wirklich eigenes Kapital gemeint, also Kapital, das tatsächlich den Mitarbeitern zur Verfügung steht, so dass sie weder Zins noch Dividende an irgendwelche externen Kapitaleigentümer oder Aktionäre zahlen müssen, sondern über die Verwendung des Kapitals und der Kapitaleinnahmen frei entscheiden können.

Nun käme z.B. die Firma Apple daher und würde ein neuartiges Handy auf den Markt bringen, genannt Smartphone, das den Markt revolutioniert und die bisherigen Handys der anderen Hersteller, z.B. von Nokia, alt aussehen lässt. Apple würde Marktanteile gewinnen und Sondergewinne einstreichen, während Nokia Marktanteile verliert und Mitarbeiter entlassen muss.

In der heutigen Marktwirtschaft, dem Kapitalismus, wäre die Folge, dass die Firma, die vorne dran ist, einige Jahr lang exorbitante Gewinne einstreicht, was vor allem den Aktionären dieser Firma zugute kommt; und gleichzeitig würden möglicherweise einige Konkurrenten, nachdem sie Mitarbeiter entlassen haben, am Ende sogar Insolvenz anmelden.

Alle Firmen wären also – wenn sie dieses Schicksal, von einem überlegenen Konkurrenten aus dem Markt gedrängt zu werden, vermeiden wollen – dazu gezwungen, selber maximal innovativ zu sein und fast jedes Jahr – mit maximaler Anstrengung bei Forschung und Entwicklung - einen Technologiesprung zu produzieren. Das ist der Wachstumszwang im Kapitalismus: Jede Firma muss ständig eine große Menge Kapital in Neuinvestitionen stecken, sei es Expansion (Zukauf anderer Firmen etc.) oder Intensivierung und Rationalisierung (Kostensenken, Produktivitätserhöhung) oder Innovation (durch Forschung und Entwicklung) – bloß um am Markt bestehen zu können. Die Möglichkeit, auszuruhen und die bestehende Produktlinie einfach mal zehn oder zwanzig Jahre beizubehalten, ist im Kapitalismus ausgeschlossen.

Was kann hier die oben geschilderte Umverteilung bewirken? Denken wir wieder an das Beispiel: Die Firma Apple hat einen Wettbewerbsvorteil errungen, macht Extra-Gewinne und droht einigen Konkurrenten mit deren Existenzverlust. – Bei der nächsten Steuererklärung der Firma Apple würde – in der hier vorgeschlagenen Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – das Finanzamt feststellen: Liebe Firma! Ihr macht seit einem Jahr einen exorbitanten Gewinn, obwohl ihr nach wie vor ungefähr die gleiche Anzahl Mitarbeiter beschäftigt. Der Zusatzgewinn kann also nicht aus vermehrtem Einsatz von

Arbeitskräften stammen, sondern er stammt offensichtlich aus dem überlegenen Kapital (wozu auch Produktnamen, geschützte Design-Rechte etc. gehören). Wir schätzen, dass Eure Firma seit ein bis zwei Jahren ungefähr dreimal so viel wert ist wie zuvor. Das zeigt sich ja auch am Kurs Eurer Aktie: Die Apple-Aktie ist nach oben gegangen, daraus errechnen wir einen Marktwert Eurer Firma, der nun dreimal so hoch ist wie früher. ALSO müsst Ihr ab jetzt eine **dreimal so hohe Kapitalsteuer** auf Euer Firmenkapital zahlen wie früher.

Die Firma Apple zahlt das zähneknirschend. Und was macht das Finanzamt mit dem Geld? Es reicht es weiter an die Demokratische Bank (oder wer immer mit der Unterstützung notleidender Firmen befasst ist) und sagt: Gebt das Geld denjenigen Firmen, die durch die Innovation der Fa. Apple in Bedrängnis geraten sind und die nun aufholen müssen. – Die Demokratische Bank bietet daraufhin z.B. der Firma Nokia, die durch Apple in Bedrängnis geführt wurde, einen günstigen Kredit an, mit dem Nokia eine Umstrukturierung durchführen kann mit dem Ziel, neue Produkte zu entwickeln und Mitarbeiter-Abbau zu verhindern. – Oder es stellt sich heraus, dass tatsächlich ein oder zwei der bisherigen Firmen auf dem Handymarkt überflüssig sind und ihr Geschäftsfeld total umstellen müssen. Dann hilft die Demokratische Bank auch bei dieser Konversion. – Ziel ist, dass keine Firma mehr Existenzangst haben muss – sogar wenn eine Firma sich entscheidet, bis auf weiteres keine Expansion, Innovation oder Rationalisierung mehr durchzuführen sondern für die nächsten Jahre den Status Quo beizubehalten. Die Umverteilungsmaßnahme von Reich zu Arm soll dazu führen, dass sogar eine solche „Nullwachstumsfirma“ in der Konkurrenz mit anderen Firmen, die im Wachstum voranschreiten, bestehen kann: Sie kriegt notfalls die nötigen Zuschüsse, um entweder die Modernisierung nachzuholen oder auch um in eine ganz andere Branche, in der es genug Nachfrage gibt, abzuwandern, so dass Entlassungen vermieden werden können.

4.7 Aber: Wir sollten die Kapitalschöpfung nicht ganz abwürgen. Die Umverteilung soll daher jeweils mit Verzögerung einsetzen

4.7.1 Wieso Kapitalschöpfung? Wieso immer noch Wachstum der Produktivität?

Die geschilderte, wünschenswerte Umverteilung zwischen den „reichen“, „mittel-reichen“ und „armen“ Firmen, wie hier oben geschildert, hat einen Nachteil: Sie könnte die Innovationskraft und die Verbesserung der Produktivkräfte zum Erliegen bringen. Das wäre ein Nachteil für die ganze Gesellschaft. Wir brauchen ein gewisses Maß an Innovation:

- Erstens müssen wir ja den Übergang von den fossilen Energiequellen zu den **erneuerbaren Energien** bewältigen, wofür wir nur ein paar Jahrzehnte Zeit haben, denn Öl, Gas und Kohle gehen zur Neige. Jedes Jahr verbraucht die Menschheit (vor allem die nördliche und westliche Menschheit) so viel fossile Energie, wie in einer Million Jahren im Erdaltertum geschaffen wurde. Für diesen Übergang zu den Erneuerbaren ist eine Menge Innovation und Neuinvestitionen nötig. – Allerdings könnte man diese Anstrengungen auch als „Ersatzinvestitionen“ bezeichnen, denn letztlich ist diese Forschung und Entwicklung und der Umbau der Infrastruktur schon allein dafür nötig, dass die Menschen auch in hundert Jahren noch ungefähr den heutigen Lebensstandard haben und nicht wie im Mittelalter bei Kerzenlicht in ungeheizten Wohnungen sitzen müssen.
- Zweitens kann ein Fortschritt der Produktivität auch dazu dienen, dass wir die benötigte Gütermenge mit immer weniger Arbeit produzieren können, so dass wir immer **mehr Freizeit** für Freunde und Familie, für das Kümmern um Kinder und Enkel und um hilfsbedürftige Menschen zur Verfügung haben. Auch wenn wir das BIP, das Brutto-Inlands-Produkt, nicht weiter wachsen lassen wollen, wäre gegen ein Wachstum der Arbeitsproduktivität zum Zwecke der **Arbeitszeitverkürzung** eigentlich nichts einzuwenden.
- Drittens aber sollten wir auch nicht dogmatisch am Ziel einer Schrumpfung, einer Decroissance (negatives Wachstum) festhängen. Es ist sicher richtig, dass wir heute in den Industrieländern (Nordamerika, Europa, Japan etc.) eine ausufernde Güterproduktion und eine grässliche Verschwendung der Ressourcen (menschliche Arbeit und Natur) vorfinden, die unbedingt zurückgeführt werden muss. Aber in anderen Erdteilen, z.B. Afrika, aber auch China und Indien, sollten der Wohlstand und die Güterversorgung sicher noch verbessert werden. In diesen Erdteilen können wir eine BIP-Reduktion nur mit Vorsicht fordern. – Aber nehmen wir mal an, es hätte eine gerechte Umverteilung von den reichen nördlichen und westlichen Ländern zu den armen südlichen und östlichen Ländern gegeben, so dass die Amerikaner und Europäer nicht mehr „Energiesklaven“ verheizen als die Chinesen, Inder und Afrikaner. Dann wäre es dennoch erstaunlich, wenn die Menschheit insgesamt mit der momentanen Güterversorgung endgültig zufrieden wäre. Ich denke, ein gewisses Maß an Innovation und eine weitere **Kapitalakkumulation mit Augenmaß** wird auch langfristig immer noch der Wunsch der meisten Menschen sein.

Daher sollte die „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“, wie ich sie hier vorschlage, nicht zu einem Abwürgen jeglicher Innovation und Kapitalakkumulation führen – denn das wäre ja wiederum undemokratisch: Wenn die Bevölkerung sich einen Fortschritt beim BIP und beim technischen Fortschritt wünscht, dann sollten die ökonomischen Anreize nicht dazu führen, dass die Firmen für jegliche Initiative zur Erneuerung bestraft werden.

4.7.2 Verzögerte Umverteilung verhindert das Abwürgen der Kapitalakkumulation

Ein gewisses Maß an Innovation und Kapitalakkumulation sollten wir also den Firmen zugestehen – auch in einer nachhaltigen, vom Kapitalismus befreiten Marktwirtschaft. Wie kann das erreicht werden?

Mein Vorschlag ist, dass wir einfach die oben geschilderte **Umverteilung** von den „reichen“ zu den „armen“ Firmen etwas modifizieren: Wir lassen sie **jeweils mit einigen Jahren Verzögerung** einsetzen. Machen wir mit obigem Beispiel weiter:

Apple hat also nun einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Nokia errungen und macht große Gewinne. Nach obigem Umverteilungsvorschlag würde das Finanzamt sofort zuschlagen und praktisch all diese Extragewinne konfiszieren und an die notleidenden Konkurrenten umverteilen, damit diese technologisch aufholen oder auch in eine andere Branche umschulen können, möglichst ohne Mitarbeiterverlust. Das hieße, dass die Firma Apple, obwohl sie große Anstrengungen unternommen hat, um als erste mit einem Smartphone auf den Markt zu treten, nun doch keine Extragewinne einstreichen kann, weil das Finanzamt ihr alle Extraprofiten wegnimmt und die Wettbewerber damit aufpäppelt. Somit könnte Apple im Nachhinein sagen: Wofür haben wir uns angestrengt? Wir hatten darauf gesetzt, dass sich unsere hohen Investitionen in F&E letztlich auszahlen durch die überragenden Gewinne, die wir mit dem neuen Produkt einfahren. Und nun nimmt uns das Finanzamt alles wieder weg. Das machen wir nicht nochmal. Wir werden nie wieder so dumm sein und Millionen Dollar in F&E zu investieren, um die Nase vorn zu haben. Es lohnt sich ja nicht.

Apple streicht also seine Forschungs- und Entwicklungsabteilung radikal zusammen und hört auf, in die Zukunft zu investieren. Die Umverteilung hat ihnen jegliche Motivation in Richtung Erneuerung ausgetrieben. Das ist allerdings schlecht für die Gesamtgesellschaft. Auf Dauer profitieren wir alle von der Innovationskraft der Firmen. Wir sollten zwar versuchen, den Zwang zum Wachstum auszuschalten und den Wettbewerb zu mäßigen. Aber ganz ohne Innovationen wollen und können wir auf Dauer nicht auskommen.

Daher **Lösungsvorschlag: die Umverteilung setzt erst mit 5 oder 10 Jahren Verzögerung ein.** In unserem Beispiel dürfte also die Fa. Apple 5 oder 10 Jahre lang die Früchte ihres Wettbewerbsvorsprungs in Form von Extragewinnen genießen. Die zu zahlende Kapitalsteuer bliebe 5 oder 10 Jahre konstant, ungeachtet des um den Faktor drei (geschätzt) im Wert gestiegenen Firmenkapitals. - Erst nach Ablauf der 10 Jahre würde eine Steuererhöhung erfolgen.

Durch diesen kleinen Trick, die Umverteilung durch die Kapitalsteuer immer erst mit einigen Jahren Verzögerung wirksam werden zu lassen, ist m.E. für die Firmen genug Anreiz geschaffen, um am technologischen Fortschritt zu arbeiten und nach wie vor zu versuchen, vorübergehend einen Wettbewerbsvorsprung zu erzielen. – Im Gegensatz zum Kapitalismus kann aber ein einmaliger Wettbewerbsvorsprung nicht für Jahrzehnte bis Jahrhunderte zementiert werden, so dass eine dauerhafte Spaltung der Wirtschaft in Arm und Reich vermieden wird. Auch „arme“ Firmen können aufholen und sich im Wettbewerb behaupten, dank des klugen Eingreifens des Finanzamts – oder anders formuliert: dank des klugen **neuen Eigentumsrechts, das die vom Kapitalismus befreite Marktwirtschaft kennzeichnet.**

Somit haben wir einerseits Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich erzielt und den Wachstumsdruck für die Firmen deutlich verringert, und gleichzeitig ist dafür gesorgt, dass trotzdem nach wie vor genügend in Forschung und Entwicklung investiert wird.

4.8 So, das wär's. Das wäre die Marktwirtschaft ohne Kapitalismus „in a nutshell“.

5. Weitere Fragen:

5.1 Eine Frage ist natürlich: Wie verhalten wir uns gegenüber anderen Ländern, die diese Befreiung nicht mitmachen? Können wir inmitten der Globalisierung überhaupt so eine Befreiung durchführen?

Meine erste Antwort auf solche Fragen ist immer: Man sollte nicht aus Angst vor dem Tod Selbstmord machen. – Es stimmt zwar, dass sich die technische Innovationsgeschwindigkeit in einem

Wirtschaftsraum, der die Umverteilung von Reich zu Arm und den Übergang zu einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus durchführt, verringern wird – so dass man nach einigen Jahren möglicherweise an Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt verliert.

Aber ich kann nicht einsehen, dass wir deshalb gezwungen wären, den Kapitalismus, also die ungerechte Spaltung der Gesellschaft in Kapitaleigentümer und Abhängige, beizubehalten. Wir sollten in jedem Fall eine Demokratie hierzulande einführen – also eine richtige Demokratie mit Entmachtung der Kapitalistenklasse und Durchsetzung von Demokratie auch in der Wirtschaft.

Danach können wir die Augen offen halten und beobachten, ob bei uns tatsächlich die Innovationsgeschwindigkeit zurückgeht und ob wir wirklich hinter USA, China, Japan etc. zurückfallen. Falls wir das feststellen, gibt es vermutlich Möglichkeiten auf demokratischem Wege, wie wir die Innovationsgeschwindigkeit bewusst wieder anheben, um auf dem Weltmarkt besser bestehen zu können.

Z.B. wird man vielleicht Schutzzölle erheben müssen zum Schutz vor dem Import von Billigprodukten, die auf unfaire Weise, z.B. durch Kinderarbeit, produziert wurden.

Darüberhinaus sollten wir nicht vergessen, das Wichtigste durchzuführen, das uns am meisten helfen wird, den Orkan der Weltmarktkonkurrenz zu dämpfen: Das ist eine ordentliche Public Relations, Agitation, Propaganda: Wir müssen den Arbeitern und Ausgebeuteten in allen Ländern um uns herum deutlich machen, um wie viel besser das Leben wird, wenn man sich mal vom Kapitalismus und einer herrschenden Eigentümerklasse befreit hat. – Wenn es uns gelingt, auch bei den Bewohnern anderer Länder Begeisterung für diesen Weg zu einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus zu wecken, dann werden auch in diesen anderen Ländern Revolutionen und Firmenübernahmen durch die Belegschaft stattfinden, so dass auch dort die Menschen sich weigern werden, nach wie vor diese irrsinnige Erneuerungsgeschwindigkeit durchzuhalten. Somit wird die Konkurrenz zwischen den Ländern zum Guten gewendet.

6. Schluss: Ich bin gespannt auf die Beiträge zum Thema Eigentum am 10.12.12 und 12.12.12. Ebenso gerne hätte ich Rückmeldungen

- Seid Ihr mit der obigen Darstellung des Verhältnisses von Staat, Wirtschaft und Bevölkerung im Kapitalismus einverstanden?
 - Wo fehlen Definitionen? Welche Fragen sind offen geblieben? Verwende ich das Wort „demokratisch“ zu unpräzise?
 - Was haltet Ihr von den Verbesserungsvorschlägen, durch die die Marktwirtschaft vom Kapitalismus befreit werden soll:
 - Vermögensteuer und Kapitalsteuer;
 - Ausgleich zwischen reichen und armen Firmen;
 - Zinszuschuss oder zinslose Kredite an arme Firmen;
 - Maßnahmen zur Beschränkung der Kapitaleinkommen: Nur noch Firmen sind bezugsberechtigt, und zwar proportional der Anzahl Jobs, die sie schaffen und der Löhne, die sie zahlen;
 - de facto ein neues Eigentumsrecht, in welchem der Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ ganz konkret eingebaut ist, nämlich: „Eigentum verpflichtet dazu, es den Mitmenschen gemeinwohlförderlich zur Verfügung zu stellen.“
- Was haltet Ihr davon?
- Wärt Ihr interessiert an einer Präsentation dieses Konzepts „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ in einer der kommenden Sitzungen des AK Grundlagen oder AK Finanzmärkte?
 - Und wie wär's, wenn ich das mal auf einem Attac-Palaver bekannt mache, als einen konkreten Vorschlag für eine andere Welt, die Attac ja seit den Anfängen für möglich hält („Eine andere Welt ist möglich“)? Würdet Ihr das gut finden?